

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

5. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. August 2005, 10:00 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Abg. Arp (CDU)

Abg. Sauter (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. 2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit</b>	<b>4</b>
Drucksache 16/43 (neu)	
<b>2. Kosten- und Zeitplanung für das DV-Projekt „Automatisierte Liegenschaftskarte - ALK“</b>	<b>5</b>
Vorlagen des Innenministeriums Umdrucke 16/35 und 16/105	
<b>3. Änderungen der Beschlüsse zur Reform der Struktur der Finanzämter</b>	<b>6</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/106	
<b>4. Haushaltsplan 2004/2005 – Titel 1103-533 46 (MG 51) „IT-unterstütztes Personalmanagement“; Antrag auf Mittelfreigabe (PERMIS-Verwaltung)</b>	<b>7</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/92	
Vorlage des Landesrechnungshofs Umdruck 16/118	
<b>5. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/177	
<b>6. Information/Kennntnisnahme</b>	<b>11</b>
<b>7. Verschiedenes</b>	<b>13</b>

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit**

Drucksache 16/43 (neu)

(überwiesen am 16. Juni 2005 an den Sozialausschuss und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Dr. Hase, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, appelliert an die Abgeordneten, die Aspekte der Barrierefreiheit in den unterschiedlichen Förderbereichen stärker zu berücksichtigen (zum Beispiel beim Thema E-Government).

M Wiegard sagt zu, eine Frage des Vorsitzenden nach der Barrierefreiheit der Finanzämter des Landes schriftlich zu beantworten.

Der Finanzausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Kosten- und Zeitplanung für das DV-Projekt „Automatisierte Liegenschaftskarte - ALK“**

Vorlagen des Innenministeriums  
Umdrucke 16/35 und 16/105

(Fortsetzung der Beratung vom 9. Juni 2005)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Änderungen der Beschlüsse zur Reform der Struktur der Finanzämter**

Vorlage des Finanzministeriums

Umdruck 16/106

M Wiegard begründet die Änderungen der Beschlüsse zur Reform der Struktur der Finanzämter. Angesichts der Haushaltslage des Landes habe er entschieden, wenn irgend möglich auf den Neubau von Verwaltungsgebäuden zu verzichten (Plön und Meldorf). An dem von der alten Landesregierung beschlossenen Organisationskonzept habe er keine Änderungen vorgenommen, um die Finanzämter nicht weiter zu belasten und nicht neue Unruhe hervorzurufen.

Auf eine Frage von P Dr. Altmann zu langfristigen Bindungen teilt er mit, die üblichen Mietverträge mit der GMSH liefen zwischen fünf und zehn Jahren. Der Mietvertrag für den Neubau in Oldenburg werde voraussichtlich eine Dauer zwischen 20 und 30 Jahren haben.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage des Finanzministers zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Haushaltsplan 2004/2005 – Titel 1103-533 46 (MG 51) „IT-unterstütztes Personalmanagement“; Antrag auf Mittelfreigabe (PERMIS-Verwaltung)**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 16/92

Vorlage des Landesrechnungshofs  
Umdruck 16/118

M Wiegard erklärt, er ziehe die Vorlage Umdruck 16/92 zurück und strebe an, nach Gesprächen mit dem Rechnungshof und dem Datenschutzbeauftragten eine Kostenminimierung zu erreichen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/177

(gemäß § 29 GeschO unmittelbar überwiesen durch den Landtagspräsidenten mit Schreiben vom 28. Juli 2005)

hierzu: Umdrucke 16/11, 16/63, 16/112 und 16/126

M Wiegard bringt den Nachtragshaushalt ein, mit dem die Nettokreditaufnahme des Landes um 1,154 Milliarden € auf 1,7 Milliarden € steige. Die Korrekturen am Haushalt seien notwendig, weil die Steuereinnahmen deutlich zurückgegangen und von den im Haushalt eingestellten Steuereinnahmen 634 Millionen € nicht hätten erzielt werden können. Während die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr zwar um 100 Millionen € stiegen, verliere Schleswig-Holstein im Jahr 2005 über den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen eine Summe von 300 Millionen €. Darüber hinaus hätten globale Mehreinnahmen von 150 Millionen € nicht realisiert werden können und das Land müsse fast 60 Millionen € in den Länderfinanzausgleich aus der Abrechnung des letzten Quartals 2004 zurückzahlen. Auf der Ausgabeseite schlägen insbesondere Mehrausgaben im Zusammenhang mit Hartz IV und nicht veranschlagte Personalkostensteigerungen zu Buche.

Es sei bedrückend, dass die Obergrenze der Kreditaufnahme nach § 53 der Landesverfassung mittlerweile um 1,15 Milliarden € überschritten werde. Die Landesregierung habe eine Reihe von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung eingeleitet, mit denen die Kreditaufnahme in absehbarer Zeit wieder unter die in der Landesverfassung vorgegebene Obergrenze zurückgeführt werden solle. Durch die im Frühjahr erlassene Haushaltssperre habe man erreicht, dass die globalen Minderausgaben tatsächlich erwirtschaftet worden seien.

Auf eine Frage des Vorsitzenden ergänzt AL Pelny, in Einzelplan 10 sei die globale Minderausgabe in Höhe von 2,8 Millionen € aus Zeitgründen tatsächlich noch nicht aufgelöst worden.

Abg. Kubicki erklärt, durch den vom neuen Finanzminister vorgelegten Nachtragshaushalt sehe er die von der FDP vor der Wahl prognostizierte Größe der Deckungslücke bestätigt, aufgrund derer nach Aussage der Landesregierung in den nächsten fünf Jahren kein verfas-



sungskonformer Haushalt aufgestellt werden könne. Er möchte wissen, welche Initiativen die Landesregierung über den Bundesrat unternehme, um die Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu ändern.

M Wiegard kündigt an, im Herbst werde man zusammen mit den norddeutschen Bundesländern in den Bundesrat eine Initiative mit dem Ziel einbringen, kostenträchtige Vorgaben des Bundes (und der Europäischen Union) an die Länder künftig zu reduzieren. Ferner wolle die Landesregierung eigene Initiativen zu den Bereichen Arbeitsmarkt, gesetzliche Sozialversicherung und Steuerpolitik auf Bundesebene einbringen, um hier möglichst schnell zu Veränderungen zu kommen und damit die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland zu verbessern. Um die Wirtschaft zu beleben, sollten außerdem die Investitionen des Landes gesteigert werden.

Abg. Herdejürgen bittet die Landesregierung um nähere Erläuterungen zur Umsetzung des Nationalen Influenza-Pandemieplans und dessen Finanzierung.

Abg. Spoorendonk fragt unter Bezugnahme auf ein Schreiben des Wirtschaftsministers nach Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln aus dem Schleswig-Holstein-Fonds. - Der Finanzausschuss bittet das Wirtschaftsministerium, ihm das entsprechende Schreiben zuzuleiten, und kommt überein, die Thematik in der nächsten Sitzung in Anwesenheit des Wirtschaftsministers zu vertiefen.

Abg. Müller stellt fest, dass durch die Regierungsbildung 18 neue Stellen geschaffen worden seien und dass der Schleswig-Holstein-Fonds analog dem Zukunftsinvestitionsprogramm der ehemaligen Landesregierung ein kreditfinanziertes Investitionsprogramm sei. Außerdem thematisiert er die Entwicklung der Personalkostenbudgets.

AL Pelny teilt mit, die Personalkostenbudgets seien 2005 und 2006 auskömmlich; Basis für spätere Bewirtschaftungsmaßnahmen sei das Budget 2006. Hierzu sagt er auf Wunsch ebenso nähere schriftliche Erläuterungen zu wie zu den Auswirkungen der Ausgliederung der Straßenbauverwaltung.

P Dr. Altmann kündigt eine schriftliche Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Nachtragshaushalt an, problematisiert die Höhe der Neuverschuldung sowie das Instrument des Doppelhaushalts und wirft die Frage auf, ob ein Nachtragshaushalt im Landtag künftig in zwei Lesungen behandelt werden sollte.

M Wiegard wiederholt seine Auffassung, dass ein Doppelhaushalt, der auch in anderen Ländern üblich sei, kein Nachteil sei, sofern man zeitgerecht nachsteuere.

Weil bei Regierungen immer die Neigung bestehe, aus politischen Motiven nicht rechtzeitig durch Nachtragshaushalte nachzusteuern, regt Abg. Kubicki an, bestimmte Regelungen einzuführen, die einen Nachtragshaushalt erforderlich machten (Festlegen von Zeitpunkten oder Geldbeträgen). Außerdem bittet er die Landesregierung, dem Ausschuss das Urteil des Oberverwaltungsgerichts zur Klage gegen die Besetzung von Räumlichkeiten durch die Fachhochschule Westküste zuzuleiten.

Der Ausschuss verabredet, dass die Fraktionen ihre Fragen zum Nachtragshaushalt möglichst zügig über den Ausschussgeschäftsführer dem Finanzministerium übermitteln und das Finanzministerium die Fragen möglichst vor der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet, in der die Beratung über den Nachtragshaushalt fortgesetzt werden soll.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

- Umdruck 16/34 - Haushaltsrechnung 2003
- Umdruck 16/49 - Umstellung des Rechnungswesens auf SAP R/3
- Umdruck 16/50 - Jahresbericht 2004 des Landesbesoldungsamtes
- Umdruck 16/51 - Entwicklung der Frühpensionierungen
- Umdruck 16/52 - Landesfeuerweherschule
- Umdruck 16/68 - Automatisierter Kontenabruf der Finanzbehörden
- Umdruck 16/91 - Jahresberichte gem. § 10a LHO für das Jahr 2004
- Umdruck 16/93 - Prüfgruppe Land beim Landesbesoldungsamt
- Umdruck 16/94 - Haushaltsreste am Schluss des Haushaltsjahres
- Umdruck 16/95 - Stand der Kfz-Besteuerung von Wohnmobilen
- Umdrucke 16/104 und 16/119 - Fusion zum gemeinsamen Statistischen Amt

Zur Thematik „Umstellung des Rechnungswesens auf SAP R/3“, Umdruck 16/49, wird das Finanzministerium dem Finanzausschuss nach Abschluss der Abarbeitung der LRH-Bemerkungen spätestens zum 30. Juni 2006 berichten.

Der Finanzausschuss bittet das Innenministerium, dem Ausschuss auch zukünftig einmal jährlich über die Entwicklung der Frühpensionierungen zu berichten (Umdruck 16/51).

Die Vorlage des Innenministeriums „Landesfeuerweherschule/Aus- und Fortbildung in der Feuerwehr“, Umdruck 16/52, wird zur weiteren Beratung an die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ überwiesen.

Zu Umdruck 16/91 - Jahresberichte gemäß § 10 a LHO - fragt der Vorsitzende, ob es üblich sei, dass Zahlungen vorzeitig vor Beginn eines Haushaltsjahres an Zuschussempfänger ausgezahlt würden. - Das Finanzministerium sagt eine Überprüfung zu.

Zu Umdruck 16/93 - Prüfgruppe Land beim Landesbesoldungsamt - erklärt VP Qualen, der Landesrechnungshof sei mit dem Vorgehen der Landesregierung einverstanden.

Nach der Finanzministerkonferenz will sich der Finanzausschuss im Oktober weiter mit der Thematik „Kfz-Besteuerung von Wohnmobilen“ beschäftigen (Umdruck 16/95). - VP Qualen

wiederholt die Bedenken des Landesrechnungshofs gegen die derzeitige Handhabung der Finanzämter bei der Besteuerung von Wohnmobilen.

Betr. Umdrucke 16/104 und 16/119 - Fusion der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein - erwarten Finanzausschuss und Landesrechnungshof deutlichere Einsparungen bei den Personalkosten. Der Ausschuss beschließt, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt M Wiegard mit, in Sachen „Erwerb eines Gebäudes durch die Stiftung Naturschutz“ habe er sich noch nicht entschieden; er werde den Finanzausschuss über seine Entscheidung informieren.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer